

räume dann existieren, um in ganz harten Fällen hier zu Sonderregelungen zu kommen, müßte ausprobiert werden. Ich denke aber, daß auch die Selbsthilfe der Studenten hier stärker gefragt ist als früher.

(Beifall bei CDU/DA)

Dies ist keine billige Lösung, aber Hilfe zur Selbsthilfe ist ein Motto, das auch unter Studenten stärker gelten muß.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Minister, gestatten Sie! - Ein Geschäftsordnungsantrag?

**Prof. Dr. Walther(DSU):**

Ich habe eine Frage. Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es doch genau um diese Sache. Warum müssen wir das jetzt diskutieren?

(Beifall bei CDU/DA)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Eine Zwischenfrage, ja bitte.

**Frau Ostrowski (PDS):**

Frau Präsidentin! Ich hatte eine Frage gestellt. Gestatten Sie eine Nachfrage zu meiner Frage? Ich danke Ihnen für die Auskunft, Herr Minister. Aber Sie haben nur den zweiten Teil meiner Frage beantwortet. Mich interessierte der erste Teil natürlich besonders. Wie bewerten Sie also die Aussage des Ministerpräsidenten, daß es keinem Bürger nach der Währungsunion schlechter gehen wird? Würden Sie das voll unterstreichen, oder haben Sie da andere Auffassungen?

**Dr. Romberg, Minister für Finanzen:**

Ich würde sagen, das hängt wesentlich davon ab, was der einzelne tut. Und entschuldigen Sie bitte, aber ich habe den Eindruck, daß Studenten auch stärker, als es früher vielleicht der Fall gewesen ist, zu ihrem eigenen Einkommen beitragen müssen.

(Beifall bei CDU/DA)

Ich weiß, daß ich da etwas Unpopuläres sage. Aber wenn man sich das Leben der Studenten etwa in der Bundesrepublik ansieht - was ich nicht in allem zum Vorbild haben möchte -, dann ist es sehr selbstverständlich, daß man sich gelegentlich einen Job besorgt oder auf die eine oder andere Weise auch sein Einkommen erhöht. Ich denke, dies gehört einfach zu der Beweglichkeit, zu der Mobilität der Gesellschaft, in die wir hineinwachsen wollen.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Gestatten Sie noch eine Anfrage?

(Dr. Romberg: Ja.)

**Dr. Kamm (CDU/DA):**

Herr Minister, könnten Sie mir bitte erklären, warum Sie auch schon in Pressemitteilungen die Verhandlungen für den Septembermonat deklarieren? Ich glaube, dazu haben wir keine Zeit, um mit diesem 2. Staatsvertrag erst im September zu beginnen.

**Dr. Romberg, Minister für Finanzen:**

Ich möchte hier nicht über Presseaussagen spekulieren oder

zu Presseaussagen andere hinzufügen. Das Problem ist tatsächlich, wieviel Zeit wir haben. Ich denke, wir müssen uns hier beeilen, in der Öffentlichkeit die Fragen zu stellen, um die es beim Staatsvertrag 2 geht, und wir müssen uns auf eine öffentliche Diskussion vorbereiten.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Gestatten Sie noch eine Anfrage?

(Dr. Romberg: Ich bitte, jetzt nicht.)

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des Ministers für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit. Ich rufe die Frage Nr. 43 auf, von der SPD Herrn Abgeordneten Peter Oleikiewitz.

**Oleikiewitz (SPD):**

Verehrter Herr Professor Steinberg, die Belastung des Grundwassers liegt in vielen Gebieten der DDR an bzw. schon über der Grenze der Nutzbarmachung für Trinkwasserzwecke. Welche Maßnahmen ergreift das Ministerium für Umweltschutz und das Ministerium für Landwirtschaft, diese Belastung des Grund- und Trinkwassers durch Nitrat-, Pflanzenschutz- und Wachstumsmittel sowie Insektenvertilgungsmittel infolge intensiver Landwirtschaft zu mindern bzw. gänzlich zu unterbinden?

**Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Situation ist so, wie sie der Abgeordnete beschrieben hat. Für ca. 7,6 Millionen Einwohner kann keine ständige qualitätsgerechte Trinkwasserversorgung gewährleistet werden. Das betrifft 1,2 Millionen Einwohner wegen einer Überschreitung des Nitratgehaltgrenzwertes. In 964 Gemeinden und Ortsteilen muß eine Säuglingsonderversorgung mit Trinkwasser vorgenommen werden, besonders in den Bezirken Halle, Gera, Dresden, Chemnitz und Leipzig.

15 Wasserwerke mußten wegen zu hoher Belastung mit Nitraten bzw. chlorierten Kohlenwasserstoffen gesperrt werden, und trotz Neuanschluß an zentrale Wasserversorgungsanlagen ist durch einen erneuten Stickstoffeintrag eine Belastungssituation eingetreten, die keine entscheidende Verbesserung erkennen läßt.

Maßnahmen der Landwirtschaft sind unserer Meinung nach erforderlich, und zwar folgende: zweckmäßige Fruchtfolgegestaltung, Vermeidung von Monokultur, die Reduzierung deä-Düngemittelsatzes, zeitliche Begrenzung der Düngung auf die Vegetationsperiode, Auflösung der extrem hohen Tierkonzentrationen an einzelnen Standorten - Neustadt/Orla ist das Beispiel. Es gibt Festlegungen gemeinsam mit dem Minister für Landwirtschaft, diese Großviehhaltung stillzulegen.

(Beifall, vor allem beim Bündnis 90/Grüne und bei der SPD)

Dazu gehört aber auch der ordnungsgemäße Transport und die Lagerung von Agrochemikalien und eine konsequente Durchsetzung des Standards über Trinkwasserschutzgebiete.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich danke, Herr Minister. - Ich rufe jetzt die Frage Nr. 44 auf, den Abgeordneten Werner Marusch von der Fraktion DBD/DFD.

**Marusch (DBD/DFD):**

Herr Minister, welche Maßnahmen zur Sicherung des Leistungsvermögens der Wälder als Nutz-, Schutz- und Erholungsfaktor sind vorgesehen?